

## Europapolitik: Bilateraler Weg – optimaler Weg

Die Aussenwirtschaftspolitik ist von entscheidender Bedeutung für den Standort Schweiz. Dabei kommt dem Verhältnis zu unserem wichtigsten Wirtschaftspartner – die Europäische Union – eine zentrale Rolle zu. Die Position der Wirtschaft zeichnet sich durch ein hohes Mass an Kontinuität aus.

### **Position economiesuisse**

Aufgrund der gegenseitigen wirtschaftlichen Verflechtung sind gute Beziehungen zur EU für die Schweizer Wirtschaft äusserst wichtig. Die schweizerische Europapolitik muss primär der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Schweiz dienen. Der bilaterale Weg mit der EU hat sich bewährt. Ein EU-Beitritt der Schweiz ist für die Wirtschaft nicht von Interesse. Der mit einem EU-Beitritt verbundene Effizienzgewinn würde durch zahlreiche wirtschaftspolitische Nachteile (Geld- und Währungspolitik, Finanz- und Fiskalpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) mehr als aufgewogen. Neben der wichtigen Frage des Verhältnisses zur EU darf der weltweite Aktionsradius der Schweizer Wirtschaft nicht aus den Augen verloren werden.

12. März 2007 Nummer 5

# dossierpolitik



## Was für den bilateralen Weg spricht

Die europapolitischen Präferenzen in der Schweiz kommen am zuverlässigsten in den Ergebnissen von Volksabstimmungen zum Ausdruck, welche unser Verhältnis zur EU betreffen. In den vergangenen Jahren hat sich der Schweizer Souverän deutlich für den bilateralen Weg ausgesprochen. Die von der Wirtschaft favorisierte Ausrichtung der Europapolitik wurde wiederholt durch die Stimmbürger bestätigt. Unsere europäischen Partner haben sich damit *volens volens* abgefunden.

Die Aussenwirtschaftspolitik ist von entscheidender Bedeutung für den Standort Schweiz. Dabei kommt dem Verhältnis zu unserem wichtigsten Wirtschaftspartner – die Europäische Union – eine zentrale Rolle zu. Verschiedene europapolitische Optionen haben unterschiedliche Auswirkungen auf wichtige politische Bereiche wie die Finanz- und Steuerpolitik, die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie die Geldpolitik und den Finanzmarkt. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die europapolitische Ausrichtung der Wirtschaft.

### Europapolitische Volksentscheide

Datum	Thema	Entscheid
11/2006	Bundesgesetz zur Osthilfe	53,4% Ja
9/2005	Ausdehnung der Personenfreizügigkeit	56,0% Ja
6/2005	Assoziation zu Schengen/Dublin	54,6% Ja
3/2001	Volksinitiative „Ja zu Europa“	77,0% Nein
5/2000	Bilaterale I	67,2% Ja
6/1997	Volksinitiative „EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk“	73,9% Nein
12/1992	Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR	50,3% Nein
12/1972	Freihandelsabkommen Schweiz – EWG	72,5% Ja

### Für die Wirtschaft ist die Europapolitik ein zentrales Thema

Die europapolitischen Positionsbezüge der Wirtschaft zeichnen sich durch ein hohes Mass an Kontinuität aus. Die Unternehmenswelt ist weniger kurzfristigen Befindlichkeiten und Strömungen ausgesetzt als jene der Politik. Die Unternehmen stehen nicht unter einem wahlpolitisch motivierten Profilierungsdruck. Anders betrachtet: Für die Wirtschaftsakteure sind gute und stabile Rahmenbedingungen wichtig. *economiesuisse* hat stets die grosse Bedeutung der EU als Wirtschaftspartner anerkannt und entsprechend gewürdigt. Allerdings ist gerade in der Schweiz die Unternehmenssicht sehr international und global ausgerichtet. Europa ist für die Schweizer Unternehmen ein, aber bei weitem nicht der allein bestimmende Faktor. Zudem ist eine rasche interkontinentale Ausdehnung der Wirtschaftstätigkeit festzustellen. Abgesehen von Zentral- und Osteuropa befinden sich die Wachstumsgebiete in Übersee, vor allem in Asien. In Unternehmerkreisen gelten die europäischen Staaten und die EU zwar als verlässliche Märkte, die jedoch eher schwerfällig und mit den Problemen von alternden Volkswirtschaften behaftet sind. Diese Überlegungen werden diskutiert und in den Stellungnahmen von *economiesuisse* zur Europapolitik berücksichtigt. Die Meinungsäusserungen werden in den Gremien von *economiesuisse* „bottom up“ formuliert. Dabei stützt sich *economiesuisse* auch auf die Arbeiten von BUSINESS EUROPE, der Organisation der europäischen Spitzenverbände der Wirtschaft, wo der Verband der Schweizer Unternehmen seit den Siebzigerjahren als Mitglied aktiv mitwirkt. Ein Delegierter von *economiesuisse* ist in Brüssel bei BUSINESS EUROPE stationiert und berichtet über die Entwicklungen in der EU. Diese Aussenstelle ermöglicht es, die Beziehungen mit unseren europäischen Schwesterverbänden zu pflegen und von ihren Erfahrungen auf dem europäischen Parkett zu profitieren.

### Die neun Kernpunkte der europapolitischen Haltung der Wirtschaft

Nachfolgend werden die neun zentralen Punkte aus dem Positionspapier von *economiesuisse*<sup>1</sup> „in a nutshell“ zusammengefasst:

1. Die Europäische Union ist der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz. Aufgrund der gegenseitigen wirtschaftlichen Verflechtung sind gute Beziehungen zur EU für die Schweizer Wirtschaft äusserst wichtig. Die Unternehmen sind auf stabile und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen angewiesen. Die schweizerische Europapolitik muss primär der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Schweiz dienen.

<sup>1</sup> *economiesuisse*, Europapolitik: Erfolg durch Pragmatismus, 2006.

### Die neun Kernpunkte

1	Europapolitik als Standortpolitik
2	Veränderungen der EU bedingen Flexibilität
3	Der bilaterale Weg hat sich bewährt
4	Interesse an einer wirtschaftlich starken und institutionell handlungsfähigen EU
5	Ein EU-Beitritt ist für die Wirtschaft nicht von Interesse
6	Partielle Integrationslösungen sind unvorteilhaft oder illusorisch
7	Bilateralismus auch in Zukunft
8	Weltweiter Aktionsradius der Schweizer Wirtschaft
9	Reformen im Inland konsequent umsetzen

2. Angesichts der europapolitischen Veränderungen ist eine gelegentliche Überprüfung der schweizerischen Europapolitik angezeigt. Dabei sollen künftige Entwicklungen in der EU, die auch Auswirkungen auf die Schweiz haben können, berücksichtigt werden. Die Schweiz muss flexibel auf diese reagieren können.
3. Der bilaterale Weg mit der EU hat sich bewährt. Im Vordergrund stehen die Ratifizierung und die Umsetzung der bestehenden Abkommen. Daneben müssen die Abkommen regelmässig und vorausschauend überprüft und die auftauchenden Probleme pragmatisch und zeitgerecht gelöst werden.
4. Unabhängig vom europapolitischen Kurs der Schweiz besteht ein erhebliches Interesse an einer wirtschaftlich starken und institutionell handlungsfähigen EU mit einer wirtschaftsfreundlichen Gesetzgebung.
5. Ein EU-Beitritt der Schweiz ist für die Wirtschaft nicht von Interesse. Die wichtigsten Anliegen der Wirtschaft sind mit den bilateralen Abkommen erfüllt. Der mit einem EU-Beitritt verbundene Effizienzgewinn würde durch zahlreiche wirtschaftspolitische Nachteile (Geld- und Währungspolitik, Finanz- und Fiskalpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) mehr als aufgewogen.
6. Partielle Integrationslösungen wie ein Beitritt zum EWR oder zur europäischen Zollunion sind keine vorteilhaften europapolitischen Optionen. Ein Beitritt „light“ ist illusorisch.
7. Aus Sicht der Wirtschaft ist der bilaterale Weg mit der EU zwar nicht einfach und kann auch störungsanfällig sein. Der bilaterale Weg ist jedoch staatsvertraglich abgesichert, ermöglicht eine lösungsorientierte pragmatische Zusammenarbeit und ist mehrheitsfähig.
8. Neben der wichtigen Frage des Verhältnisses zur EU darf der weltweite Aktionsradius der Schweizer Wirtschaft nicht aus den Augen verloren werden. Dem Abschluss der Doha-Runde im Rahmen der WTO ist hohe Priorität einzuräumen. Parallel zum Multilateralismus müssen bilaterale Wirtschaftsbeziehungen mit wichtigen aussereuropäischen Handelspartnern gepflegt und ausgebaut werden.
9. In der Schweiz müssen Reformen konsequent vorangetrieben werden. Ein offener Binnenmarkt erhöht die Wettbewerbsfähigkeit, generiert Wachstumsimpulse und schafft Spielraum für internationale Abkommen.

### Für und Wider einen EU-Beitritt oder die „Gretchenfrage“

Der bilaterale Weg ist die beste Form der Kooperation mit der EU.

Wie aus den neun Kernpunkten entnommen werden kann, ist es im Bereich der Europapolitik eine der Aufgaben des Dachverbandes *economiesuisse*, aus der Sicht seiner Mitglieder immer wieder die „Gretchenfrage“ zu stellen, ob es für die Schweizer Wirtschaft längerfristig besser ist, ausserhalb oder innerhalb der EU zu operieren. Dabei gilt es, die Interessen der Unternehmen aller Branchen und aller Grössen im Auge zu behalten. Wiederholt hat sich gezeigt, dass der bilaterale Ansatz die beste Option darstellt. Dieser basiert bekanntlich zunächst auf dem Freihandelsabkommen und dann im Wesentlichen auf den sieben bilateralen Abkommen I und den neun bilateralen Abkommen II. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, handelt es sich um eigentliche Wirtschaftsabkommen. Dazu kann aus Sicht der Wirtschaft festgehalten werden, dass sich diese für den Wirtschaftsstandort Schweiz insgesamt sehr positiv auswirken. Das Kernstück der sogenannten Bilateralen Verträge ist das Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Es ist gelungen, diese Abkommen auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten auszudehnen. Dabei hat paradoxerweise neben Gruppierungen der Rechten auch die Linke, die sich für einen Beitritt der Schweiz zur EU ausspricht, angesichts der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedstaaten Schutzmassnahmen verlangt, welche den Marktzutritt von ausländischen Arbeitnehmern erschweren. Aus Sicht von *economiesuisse* ist dies eine klare Form von Marktabschottung. Was die Zukunft des Verhältnisses der Schweiz zur EU betrifft, ist mittelfristig mit keinen grossen Sprüngen zu rechnen. Wohl wird es laufend zu Anpassungen von bestehenden Abkommen kommen. Auch werden vermutlich einige neue dazu kommen dürfen, wie beispielsweise jene über den Elektrizitätshandel und den Agrarfreihandel. Aber ein starker Druck in diese Richtung besteht seitens der Schweizer Wirtschaft nicht. Mit anderen Wor-

ten: Diese Projekte können mit Gelassenheit angegangen werden. Unter gewissen Voraussetzungen sind sie alle willkommen, aber bestimmt nicht von existenzieller Bedeutung.

**Die bilateralen Abkommen**

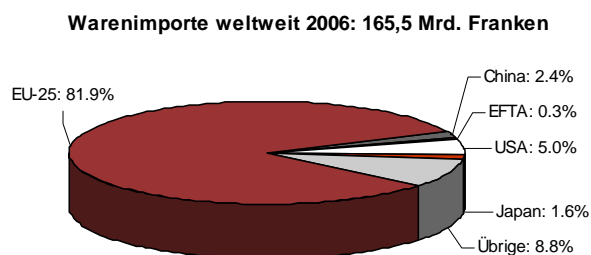
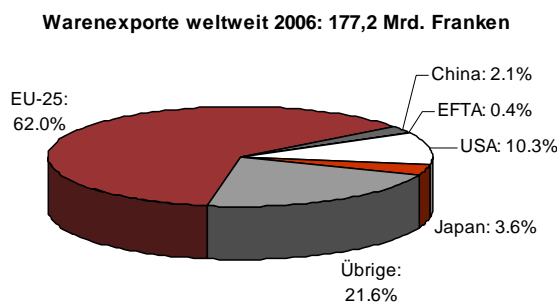
<b>1999 Bilaterale Abkommen I</b> Personenverkehr Technische Handelshemmnisse Öffentliches Beschaffungswesen Forschung Handel mit Agrarprodukten Landverkehr Luftverkehr	<b>2004 Bilaterale Abkommen II</b> Zinsbesteuerung Betrugsbekämpfung Schengen/Dublin Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte Umwelt Statistik MEDIA-Programme Bildungsprogramme Ruhegehälter
<b>1972 Freihandelsabkommen</b>	

Weltmarktkompetitivität hat Vorrang.

So oder so gilt für economiesuisse das Primat der Weltmarktkompetitivität und nicht jenes der Europakompatibilität: Die Wirtschaft hat keine Mühe mit dem autonomen Nachvollzug des EU-Acquis, dort wo sich dies empfiehlt. Aber er kommt nur dann in Frage, wenn damit die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz verbessert wird. Im Übrigen kann bei diesen Abkommen keine „Rosinenpickerei“ der Schweiz erkannt werden. Sie wurden alle im beidseitigen Interesse ausgehandelt. Die Schweiz ist für die EU ein äusserst wichtiger Wirtschaftspartner: Gemäss den jüngsten Zahlen von eurostat für die ersten elf Monate 2006 ist sie nach den USA mit rund 80 Mrd. Euro der zweitwichtigste Exportmarkt für EU-Waren. Der EU-Handelsbilanzüberschuss mit der Schweiz betrug 14 Mrd. Euro. Der Kapitalbestand schweizerischer Direktinvestitionen in der EU beläuft sich auf rund 200 Mrd. Franken. Schweizerische Unternehmen beschäftigen etwa 850'000 Mitarbeiter in der EU. Zum Vergleich: Der Kapitalbestand von EU-Unternehmen in der Schweiz ist etwas mehr als halb so gross wie der schweizerische. Dies zeigt, dass die Schweiz wirtschaftlich ein sehr wichtiger und ernstzunehmender Partner ist.

Die EU ist für die Schweiz ein bedeutender Handelspartner. Aber auch die Schweiz ist für die EU von grosser Bedeutung: 2006 importierte die Schweiz Waren im Wert von 135 Mrd. Franken aus dem EU-Raum. Neben dem Warenhandel (siehe Grafik) gewinnt der Dienstleistungshandel zunehmend an Bedeutung.

**Aussenhandel der Schweiz in Prozent**



Quelle: OZD, 2007

Raschere Öffnung zentraler  
Infrastrukturmärkte wäre erwünscht.

Zurück zur „Gretchenfrage“: Es wird nicht bestritten, dass ein EU-Beitritt der Schweiz für die Wirtschaft gewisse Effizienzgewinne zur Folge hätte. Die Schweizer Wirtschaft hätte den uneingeschränkten Zugang zum EU-Binnenmarkt. Noch bestehende nicht tarifäre Hindernisse bei grenzüberschreitenden Transaktionen würden abgebaut. Die Öffnung zentraler Infrastrukturmärkte in der Schweiz, wie beispielsweise der Strommarkt, die Brief- und Paketpost und der Schienenverkehr, könnte trotz Widerständen von strukturkonservativen Kreisen rascher durchgesetzt werden. Die dadurch entstehende zunehmende Wettbewerbsintensität würde den Druck für Strukturwandel erhöhen und sich positiv auf Wirtschaftswachstum und Preisniveau auswirken.

EU-Beitritt brächte...

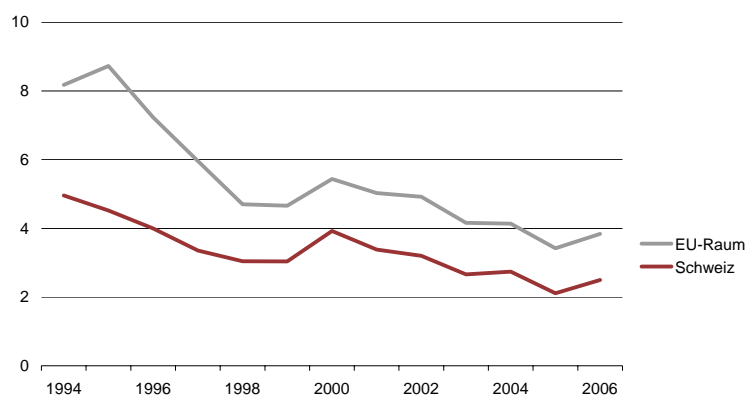
### **Stolpersteine Geld- und Währungspolitik, Fiskalpolitik und Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik**

Auf der Rückseite der Medaille sieht die Wirtschaft bei einem Beitritt allerdings zahlreiche gravierende Nachteile, die in den neun Punkten bereits angetönt wurden, hier aber für drei zentrale Bereiche verdeutlicht werden sollen. Zum ersten Punkt: Mit einem Beitritt zur Währungsunion würde die Schweizerische Nationalbank ihre Selbstständigkeit verlieren, und eine autonome Geldpolitik der Schweiz verbunden mit einer auf die schweizerische Konjunktur abgestimmten Zinssteuerung wäre nicht mehr möglich. Wie die bisherigen Erfahrungen in der Währungsunion zeigen, sind es gerade die kleinen Mitgliedsländer, die darüber klagen, dass ihren Bedürfnissen zu wenig Rechnung getragen werde. Der Wegfall des Zinsvorteils hätte negative Wirkungen auf die Attraktivität des Standorts Schweiz, weil ein tiefes Zinsniveau in einer kapitalintensiven Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist. Derzeit liegen die Zinsen für eine Laufzeit von zwölf Monaten in der Eurozone bei 4,2 Prozent, in der Schweiz bei 2,5 Prozent.

...Verlust der autonomen Geld-  
und Währungspolitik

Die Schweiz geniesst nach wie vor einen Zinsbonus von über einem Prozentpunkt. Davon profitiert die ganze Wirtschaft. Dieser kann nur mit einer unabhängigen Notenbank und einer glaubwürdigen Geldpolitik bewahrt werden.

### **Das schweizerische und europäische Zinsniveau im Vergleich**



Quelle: OECD

...Umbau der Schweizer Steuerordnung  
mit Mehrwertsteuersätzen von  
mindestens 15 Prozent

Zweitens wäre ein tief greifender Umbau der Schweizer Steuerordnung unumgänglich. Die Schweiz müsste bei der Mehrwertsteuer den EU-Mindestsatz von 15 Prozent übernehmen. In der gegenwärtigen Diskussion in der Schweiz über die Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems wenden sich einige Kreise gegen eine Erhöhung des Sondersatzes für Güter des täglichen Bedarfs auf einen Einheitssatz von sechs Prozent. Es bestehen in der Wirtschaft zudem ernsthafte Zweifel, ob eine Totalrevision der Bundesfinanzordnung fiskalpolitisch neutral abgewickelt würde. Deutlich negative Effekte würden sich aus den aktuellen Bestrebungen der EU ergeben, den nationalen und internationalen Steuerwettbewerb bei den Unternehmenssteuern einzuschränken, die vorerst nur formelle Harmoni-

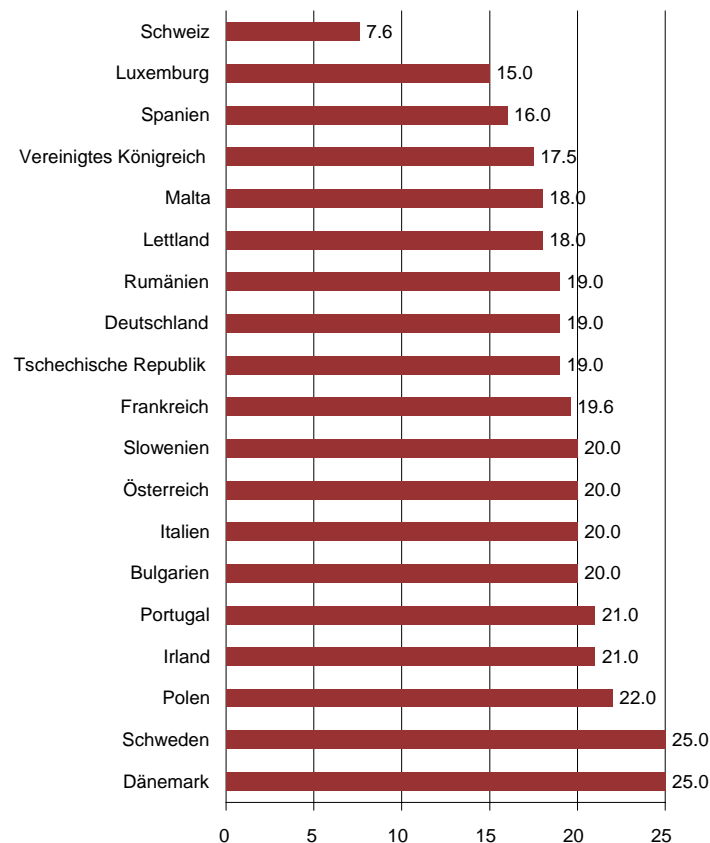
...Einschränkungen des erfolgreichen  
flexiblen Schweizer Arbeitsmarkts.

sierung voranzutreiben und das Bankkundengeheimnis mittels Informationsaustausch zu unterminieren. Das jüngste Ansinnen der EU gegenüber der Schweiz in Sachen Unternehmensbesteuerung zeigt auf, mit welchen wachstumshemmenden Entwicklungen unser Land zu rechnen hätte.

Drittens gehen bestimmte EU-Richtlinien in den Bereichen Kündigungsschutz, Arbeitszeitbeschränkung und betriebliche Mitbestimmung von Arbeitnehmenden weiter als das schweizerische Arbeitsrecht. In der EU ist zudem eine zunehmende Tendenz zur Harmonisierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik festzustellen. Der schweizerische Arbeitsmarkt würde dadurch unnötig und zu stark reguliert. Die entsprechenden nachteiligen Konsequenzen hätten sowohl die Arbeitnehmenden als auch die Unternehmen zu tragen. Hohes Beschäftigungsniveau und Flexibilität gehen eben Hand in Hand.

Gewisse Kreise in der Schweiz teilen ebenfalls bestimmte Kritikpunkte, glauben aber, dass ein „à la carte-Ansatz“ mit der EU ausgehandelt werden könnte. Es wäre jedoch illusorisch anzunehmen, dass die Mitgliedstaaten auf ein solches Ansinnen eintreten würden, namentlich die neu der EU beigetretenen Staaten, die den Acquis integral übernehmen mussten. Es sollte gemeinhin bekannt sein, dass ein Beitrittskandidat den ganzen Acquis übernehmen muss.

#### Die Mehrwertsteuersätze (Normalsatz) im europäischen Vergleich



Quelle: EU-Kommission, Generaldirektion Taxud

Wenig dynamische EU  
mit Schutzmassnahmen  
für strukturschwache Bereiche.

#### **Weitere Überlegungen für die Weiterführung des bilateralen Wegs**

Die Tatsache, dass die EU ein komplexes Gebilde ist und über einen grossen Binnenmarkt mit rund 490 Millionen Einwohnern verfügt, verleitet sie dazu, den Blick weniger nach aussen zu richten. Man sollte nicht vergessen, dass der pazifische Raum eine grosse Dynamik entwickelt, während die EU von dorthier zunehmend als das Museum der Welt betrachtet wird. Dazu kommt, dass gewisse EU-Mitgliedstaaten vor protektionistischen Massnahmen gegenüber Drittländern in seinen strukturschwachen Bereichen wie Landwirtschaft, Textil, Leder und Stahl nicht zurückschreckt. Das Reformtempo für einen weiteren Ausbau des EU-Binnenmarktes nimmt ab. Dies zeigen die jüngsten Entscheide in Sachen Dienstleistungsrichtlinie, Öffnung der Energiemärkte und Bahnreformen. Widersprüchliche und beunruhigende Signale kommen bezüglich der für die Währungsunion unerlässlichen Stabilitätspolitik, wo sogar deren früherer Champion Deutschland sich mehr und mehr von den Maastricht-Kriterien distanziert. Schliesslich erlitt die sogenannte Lissabon-Agenda, deren Ziel es war, die EU wieder auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu bringen, zum Teil wenigstens Schiffbruch, da aus politischen Gründen neben positiv zu wertenden Elementen auch Punkte eingebaut wurden, die kaum wachstumsförderlich sind.

EU-Beitritt mit föderalistischem System und  
der direkten Demokratie schwer vereinbar.

#### **Die Schweiz – ein geeigneter Kandidat für die EU?**

Auch ein Wirtschaftsverband wie economiesuisse muss sich Gedanken machen zu den staatspolitischen Auswirkungen eines EU-Beitritts. Aus unserer Sicht gilt es namentlich zwei Elemente hervorzuheben: Erstens wären die Einflussmöglichkeiten der Schweiz als kleines Mitglied in der EU aus verschiedenen Gründen zu relativieren. Mit unserer Konsensdemokratie wären wir kaum in der Lage, Zieldefinitionen unmissverständlich zu formulieren und auf dem Brüsseler Marktplatz durchzusetzen. Zweitens würden die direkte Demokratie und der Föderalismus tendenziell eingeschränkt, was den Vorstellungen der Schweizer Stimmbürger und auch der Auffassung von economiesuisse zuwiderläuft.

#### **Rückfragen:**

gregor.kuendig@economiesuisse.ch  
peter.flueckiger@economiesuisse.ch